

Beschlüsse

Auf seiner 5862. Sitzung am 8. April 2008 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Haitis einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Frage betreffend Haiti

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (S/2008/202)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Hédi Annabi, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti und Leiter der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION IN BURUNDI¹⁶⁸

Beschlüsse

Auf seiner 5786. Sitzung am 28. November 2007 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Die Situation in Burundi“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Charles Nqakula, den Minister für Sicherheit Südafrikas und Moderator des burundischen Friedensprozesses, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 5793. Sitzung am 6. Dezember 2007 beschloss der Rat, die Vertreter Burundis und Norwegens (Vorsitzender der Konfiguration für Burundi der Kommission für Friedenskonsolidierung) einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Burundi

Zweiter Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi (S/2007/682)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Youssef Mahmoud, den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Burundi, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 5809. Sitzung am 19. Dezember 2007 beschloss der Rat, den Vertreter Burundis einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Burundi

Zweiter Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi (S/2007/682)“.

Resolution 1791 (2007) vom 19. Dezember 2007

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten über Burundi, insbesondere die Resolution 1719 (2006) vom 25. Oktober 2006,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Burundis und unter Betonung der Wichtigkeit der nationalen Eigenverantwortung Burundis für die Friedenskonsolidierung, die Sicherheit und die langfristige Entwicklung,

¹⁶⁸ Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1993 verabschiedet.

Kenntnis nehmend von den von Burundi erzielten Fortschritten im Hinblick auf die Festigung des Friedens und der Stabilität sowie von den noch verbleibenden Herausforderungen, bei denen es insbesondere darum geht, den Friedensprozess mit der Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes – Nationale Befreiungskräfte abzuschließen, die demokratisch gewählten Institutionen und die gute Regierungsführung zu konsolidieren sowie den Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess und die Reform des Sicherheitssektors abzuschließen und dabei auch sicherzustellen, dass die Sicherheitskräfte und die Justizinstitutionen die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit wirksam schützen,

es begrüßend, dass am 14. November 2007 eine Regierung der nationalen Einheit ernannt wurde,

betonend, dass das System der Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft weiterhin Unterstützung für die Friedenskonsolidierung und die langfristige Entwicklung in Burundi gewähren müssen, und in dieser Hinsicht die Einsetzung der Koordinierungsgruppe der Partner in Burundi begrüßend,

Kenntnis nehmend von der Unterrichtung durch den Vorsitzenden der Konfiguration für Burundi der Kommission für Friedenskonsolidierung am 6. Dezember 2007¹⁶⁹, unter Begrüßung des aktiven Engagements der Kommission für Burundi, einschließlich der Fertigstellung des Strategischen Rahmenplans für die Friedenskonsolidierung in Burundi¹⁷⁰ mit der Regierung Burundis und der Verabschiedung des Mechanismus zur Überwachung und Weiterverfolgung¹⁷¹, und seiner Umsetzung im selben Geiste der Partnerschaft mit Interesse entgegensehend,

in Würdigung der Moderationsbemühungen, die Südafrika zusammen mit den Ländern der Regionalen Friedensinitiative für Burundi und der Afrikanischen Union unternimmt, um die vollständige Durchführung der am 7. September 2006 von der Regierung Burundis und der Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes – Nationale Befreiungskräfte in Daressalam (Vereinigte Republik Tansania) unterzeichneten Umfassenden Waffenruhevereinbarung zu fördern,

es begrüßend, dass am 2. November 2007 ein Rahmenabkommen über die Einsetzung eines Dreiparteien-Lenkungsausschusses für nationale Konsultationen über Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung unterzeichnet wurde, betonend, wie wichtig es ist, dass der Ausschuss seine Tätigkeit rasch aufnimmt, und den verantwortlichen burundischen Stellen und dem Generalsekretär nahe legend, gemäß Resolution 1606 (2005) vom 20. Juni 2005 in dieser Frage weiter zusammenzuarbeiten,

unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen seiner Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte betreffend die Parteien des bewaffneten Konflikts in Burundi¹⁷², Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte in Burundi¹⁷³, die Regierung Burundis auffordernd und allen Parteien, insbesondere der Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes – Nationale Befreiungskräfte, eindringlich nahe legend, mit der Arbeitsgruppe im Hinblick auf die Weiterverfolgung ihrer Schlussfolgerungen zusammenzuarbeiten, und die Einrichtungen der Vereinten Nationen und die Geber ermutigend, diese Bemühungen weiter zu unterstützen,

die Politik *begrüßend*, die das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi verfolgt, um die Rechte der Frauen zu fördern und zu schützen und entsprechend Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 die Geschlechterperspektive als Querschnittsthema im Rahmen ihres gesamten Mandats zu berücksichtigen sowie den Rat unterrichtet zu halten,

nach Behandlung des zweiten Berichts des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi¹⁷⁴,

¹⁶⁹ Siehe S/PV.5793.

¹⁷⁰ PBC/1/BDI/4, Anlage.

¹⁷¹ Siehe PBC/2/BDI/4.

¹⁷² S/2007/92, Anlage.

¹⁷³ S/2007/686.

¹⁷⁴ S/2007/682.

1. *beschließt*, das in Resolution 1719 (2006) festgelegte Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Burundi bis zum 31. Dezember 2008 zu verlängern;
2. *lobt* die verantwortlichen Stellen und politischen Akteure in Burundi für ihre Beharrlichkeit in ihrem Dialog zur Herbeiführung von Stabilität und nationaler Aussöhnung und zur Förderung der sozialen Harmonie in ihrem Land und ermutigt sie, diesen Dialog fortzusetzen;
3. *fordert* die Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes – Nationale Befreiungskräfte *nachdrücklich auf*, unverzüglich und ohne Vorbedingungen in den Gemeinsamen Verifikations- und Überwachungsmechanismus zurückzukehren und alle mit ihnen verbundenen Kinder sofort freizulassen, und fordert beide Parteien der Umfassenden Waffenruhevereinbarung auf, alles zu unterlassen, was zu einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten führen könnte, und die offenen Fragen in einem Geiste der Zusammenarbeit zu regeln, namentlich indem sie sich auf einen Etappenplan mit festgelegten Schritten und klaren Fristen zur erfolgreichen Durchführung der Vereinbarung und zur Beendigung der Schlussphase des Friedensprozesses einigen;
4. *legt* den südafrikanischen Moderatoren, den anderen Staaten der Regionalen Friedensinitiative für Burundi, der Afrikanischen Union und den anderen internationalen Partnern *nahe*, verstärkte Anstrengungen zur Unterstützung des raschen Abschlusses des Friedensprozesses zwischen der Regierung Burundis und der Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes – Nationale Befreiungskräfte zu unternehmen, und ersucht den Generalsekretär, unter anderem über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi und in voller Abstimmung mit den regionalen und internationalen Partnern eine starke politische Rolle zur Unterstützung des Friedensprozesses wahrzunehmen;
5. *ermutigt* das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi und die Moderatoren, mit angemessener internationaler Unterstützung beschleunigte Konsultationen über ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der angeblichen Dissidenten der Nationalen Befreiungskräfte zu führen;
6. *ermutigt* die Regierung Burundis, ihre Bemühungen zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Friedenskonsolidierung, insbesondere im Hinblick auf eine demokratische Regierungsführung und die Durchführung von Justiz- und Sicherheitsreformen, fortzusetzen;
7. *bekundet seine tiefe Besorgnis* über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, und fordert die Regierung Burundis nachdrücklich auf, alle diesbezüglichen Berichte sorgfältig zu untersuchen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Verletzungen zu verhindern und sicherzustellen, dass die dafür verantwortlichen Personen vor Gericht gestellt werden;
8. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat auch weiterhin regelmäßig über die Durchführung des Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Burundi und die Fortschritte hinsichtlich der Richtkriterien in dem Addendum zu seinem Bericht vom 21. Juni 2006¹⁷⁵ Bericht zu erstatten und den Rat über die Fortschritte in Richtung auf den letzten Übergang vom Integrierten Büro zu einem hauptsächlich entwicklungsorientierten Engagement unterrichtet zu halten;
9. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 5809. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 5876. Sitzung am 24. April 2008 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Burundis einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Burundi“ teilzunehmen.

¹⁷⁵ S/2006/429/Add.1.